



Renten-Vorschlag der Bundesbank ist unrealistisch

Frankfurt am Main, 17.08.2016

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) lehnt den Vorschlag der Deutschen Bundesbank, den Renteneintritt auf 69 Jahre zu erhöhen, entschieden ab. „Der Vorschlag der Bundesbank ist völlig unrealistisch und zeigt, dass Rentenpolitik nicht zu den Kernkompetenzen der dort arbeitenden Ökonomen gehört. Solch ein Stilbruch schadet dem Ansehen der Zentralbank“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger.

„Nur wenige Arbeiter halten bis 65 Jahre durch. Eine Anhebung des Rentenalters ist daher nichts weiter als eine Rentenkürzung. Wir brauchen das Gegenteil: Wer jahrelang arbeitet, muss sich auf ein stabiles und künftig wieder schrittweise wachsendes Rentenniveau verlassen können.“

Derzeit beträgt das Rentenniveau rund 48 Prozent. Aber es gilt nur für solche Rentner, die sowohl Durchschnittsverdiener waren als auch 45 Beitragsjahre vorweisen können. Die meisten Frauen können das nicht, und künftig nimmt die Zahl der Rentner mit unterbrochenen Erwerbsbiografien weiter zu. Hinzu kommt ein hoher Anteil von Niedriglohneempfängern. Insgesamt liegt der Schnitt des Rentenniveaus schon heute bei weit unter den 48 Prozent eines gedachten Idealrentners.

Die IG BAU fordert zudem einen flexiblen Renteneintritt für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen die Regelaltersgrenze nicht erreichen. „Wer nicht mehr kann, muss kürzer treten dürfen und für die dann entstehende Einkommenslücke Unterstützung erhalten“, sagte Feiger. „Altersarmut lässt sich nur durch eine Rentenregelung vermeiden, die die Realität im Blick hat.“ Perspektivisch setzt sich die IG BAU deshalb für eine gesetzliche Rentenversicherung ein, in die alle einzahlen.

Lokalkompass 17.08.2016

IG BAU begrüßt Pläne von Bundesbauministerin Hendricks

Frankfurt am Main, 17.08.2016

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) begrüßt den Vorstoß von Bundesbauministerin Barbara Hendricks, dem Bund stärkere Kompetenzen beim Wohnungsbau einzuräumen. „Seit Jahren besteht in Ballungsräumen enormer Bedarf an bezahlbaren Wohnungen und Sozialwohnungen. Die Praxis zeigt, dass die Länder mit dieser Mammutaufgabe allein überfordert sind. Es gibt trotz finanzieller Förderung des Bundes immer weniger Sozialwohnungen. Deshalb ist es richtig, jetzt nach neuen Wegen für eine Lösung der wachsenden Not zu suchen“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger.

„Ein stärkeres Engagement des Bundes im sozialen Wohnungsbau ist dafür ein geeigneter Schritt. Die große Koalition kann und muss die Voraussetzungen hierfür schaffen.“

Bundesbauministerin Hendricks hat eine gemeinsame Zuständigkeit von Bund und Ländern für den sozialen Wohnungsbau vorgeschlagen. Dafür muss jedoch das Grundgesetz geändert werden, weil diese Aufgabe danach Ländersache ist. Die Bundesländer erhalten für den Sozialwohnungsbau Gelder vom Bund. Diese werden zwar von aktuell 518 Millionen Euro auf 1,5 Milliarden Euro im Jahr 2018 erhöht. Über diese Mittel verfügen aber allein die Länder. Es fehlen jährlich rund 80 000 Sozialwohnungen.

Die IG BAU fordert darüber hinaus die stärkere steuerliche Förderung des Baus von bezahlbarem Wohnraum. In diesem Segment fehlen pro Jahr mindestens 60 000 Einheiten. Im vergangenen Jahr entstanden in Deutschland nur 250 000 Wohnungen und damit deutlich weniger als erwartet.

Ein Gesetz der Bundesregierung für steuerliche Anreize für den Mietwohnungsbau liegt wegen Detailfragen derzeit auf Eis. Die IG BAU fordert eine Abschreibung in Höhe von drei statt zwei Prozent, was der Nutzungsdauer von Wohngebäuden entspricht. Zudem muss es in Brennpunkten für Investoren einen zusätzlichen Anreiz geben, der aber gleichzeitig an Mietobergrenzen gekoppelt ist.

Lokalkompass 17.08.2016